

1967

Der Lemke-Plan

Ziele und Maßnahmen von 1967 bis 1970

Der Lemke-Plan

sichert Aufbau und Fortschritt in unserem Land



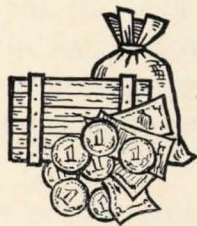
Ministerpräsident Dr. H. Lemke

unserer Heimat zwischen Nord- und Ostsee ist in den letzten Jahren unter der Regierung von Ministerpräsident Lemke und seiner CDU-Mannschaft viel Neues und Fortschrittliches entstanden. Im Wohnungsbau, Schulwesen und in der Modernisierung der Landwirtschaft steht Schleswig-Holstein an der Spitze. Viel Neues wird weiterhin entstehen. Sparsamkeit in der Verwaltung und sinnvolle Investitionen für die Wirtschaft garantieren auch für die Zukunft wirtschaftlichen Fortschritt und Sicherheit für jeden Bürger.

Ziele und Maßnahmen des Lemke-Plans für 1967 bis 1970:

1. | Wirtschaft

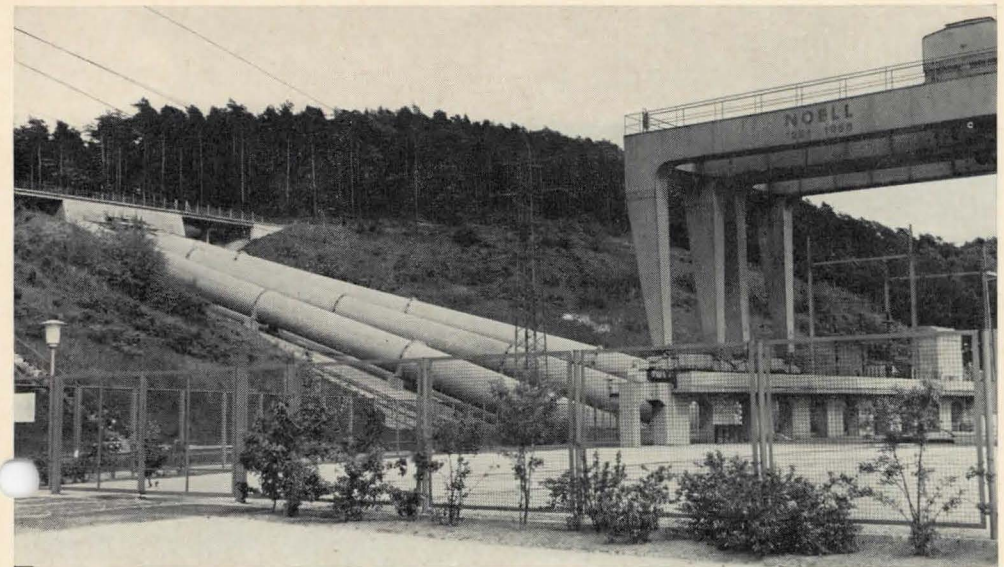
Die zielstrebige Politik der CDU in Schleswig-Holstein schuf den Lemke-Plan



Ziel der Wirtschaftspolitik in Übereinstimmung mit der Bundesregierung: bestmögliche Lebensumstände für die gegenwärtige und künftige Generation in unserem Land.

Gegebene Möglichkeiten: vom reibungslos arbeitenden Kredit- und Förderungssystem bis zu energisch vorangetriebenen Maßnahmen der Infrastruktur, vom EWG-Anpassungsprogramm der Landesregierung bis zur Untersuchung der Zukunftsentwicklung auf der Grundlage wissenschaftlicher Gutachten. Hinzu kommt: enger Kontakt zu Unternehmern und Gewerkschaften.

Sichtbarer Ausdruck dieses Bemühens: der Investitionsplan 1967 bis 1970. Die darin bis 1970 vorgesehenen Beträge fördern zum Nutzen aller Bürger neben dem öffentlichen Sektor den industriellen Bereich, die Landwirtschaft, den Bereich des mittelständischen Gewerbes und den Fremdenverkehr. Insgesamt sollen in den nächsten vier Jahren fast 5 Milliarden DM von Bund, Land, Kreisen und Gemeinden in Schleswig-Holstein investiert werden.



Neben dem Investitionsplan steht die „Investitionsreserve“ (Höhe bis 30 Millionen DM) **zur Sicherung von Arbeitsplätzen.** Durch sie kann schon 1967 die Wirtschaftspolitik über den Rahmen des Investitionsplans hinaus so flexibel gestaltet werden, daß für Arbeitsplätze, die durch die Rationalisierung bedroht sind, kurzfristig Ersatz geschaffen werden kann.

Das bedeutet: Strukturanpassung und Rationalisierung in Handel, Handwerk, Landwirtschaft und Industrie, Erhaltung und Schaffung gewerblicher Arbeitsplätze und Sicherung des Lebensstandards. Die

Strengungen der Betriebe, Wirtschaftsorganisationen und Gewerkschaften zur Verbesserung der Berufsausbildung werden weiter gefördert. Das Fremdenverkehrsgewerbe wird in seinem Bemühen unterstützt, unser Land dem Besucherstrom von Jahr zu Jahr weiter zu öffnen. Grundvoraussetzung für ein solides wirtschaftliches Wachstum sind ausreichende Versorgungseinrichtungen an den Standorten der Unternehmungen. Daher verdienen Maßnahmen der Wasser- und Energie-

wirtschaft und zur Abwasserbeseitigung besondere Förderung.

Aus diesem Grund wird auch für die Westküste das Küstenschutzprogramm fortgeführt werden, um nicht nur die Menschen zu schützen, sondern auch die gewerbliche Wirtschaft und die Landwirtschaft in diesem Raum zu stärken und den wirtschaftlichen Fortschritt sicherzustellen.

Energie

Die Landesregierung fördert in den nächsten Jahren den Bau eines Prototypreaktors – ein Beitrag zur wirtschaftlichen Erzeugung von elektrischer Kraft. Kernenergie wird zukünftig in der Schifffahrt und im Schiffbau selbstverständlich sein. Kernenergie-Techniker werden auf den Ingenieurschulen Schleswig-Holsteins ausgebildet.

2. Bildung

Die in der Bundesrepublik geführte Diskussion um die Reform unseres Bildungswesens verleiht diesem Thema ein besonderes Gewicht.

Im Schulwesen ist Schleswig-Holstein anerkanntermaßen führend in der Bundesrepublik.

Die Landesregierung bekennt sich in Schleswig-Holstein zu dem bewährten Prinzip der Dreigliedrigkeit des allgemeinbildenden Schulwesens: Volksschule, Realschule und Gymnasium.

Durch das Pädagogische Hochschulgesezt der Landesregierung wird eine vielseitigere Ausbildung der Lehrer garantiert. Zugleich soll durch besondere Maßnahmen der Lehrermangel überwunden werden.

Die Landesregierung wird ihre erfolgreichen Bestrebungen fortsetzen, begabten Schülern den Übergang zu weiterführenden Schulen zu erleichtern. Sie wird daher weitere Aufbauzüge zu den Realschulen und Gymnasien einrichten.

Die Landesregierung hat vorausschauend die zu erwartende Steigerung der Schülerzahlen bis zum Jahre 1970 erkannt. Die Landesregierung wird sicherstellen, daß fehlende Klassenräume gebaut werden wo immer es geht, in Einfachbauweise.

Auch unsere Erwachsenenbildung — ein wichtiger Weg, um weiterhin am wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt teilzuhaben — wird zielbewußt weiter gefördert. Sie genießt schon heute über die Landesgrenzen hinaus hohes Ansehen. Der Arbeitnehmer darf bei seiner beruflichen Grundausbildung nicht stehenbleiben, wenn er im Wandel der Technik einen sicheren und ergiebigen Arbeitsplatz behalten soll.



Zum weiteren Ausbau praxisnaher Berufs- und Fachschulen tritt verstärkt die Förderung von Fortbildungsmöglichkeiten neben der Berufsausübung.

Die Landesregierung unter Führung von Ministerpräsident Dr. H. Lemke wird bis 1970 folgendes durchführen:

Schulneu- und Schulerweiterungsbauten
Bau von Turnhallen

Ingenieurschulen:

Abschluß der Ausstattungen

Pädagogische Hochschulen:

Abschluß der Pädagogischen Hochschule Flensburg

Neubau der Pädagogischen Hochschule Kiel

Christian-Albrechts-Universität:
Abschluß aller begonnenen Vorhaben — Hautklinik, Angerbau, Hörsaalgebäude und Umbauarbeiten

Darüber hinaus sollen die neuen Projekte wie Kinderklinik, Institut für Meereskunde und die Bibliothek des Instituts für Weltwirtschaft durchgeführt werden.

Medizinische Akademie Lübeck:
Umbau der Chirurgie, Medizin, Frauenklinik und Ausbau der Versorgungsanlagen

Studentenwohnheime:
Für die nächsten vier Jahre ist der Bau weiterer Studentenwohnheime sichergestellt.



3. | Sicherung der Arbeitsplätze

Allen Arbeitnehmern gute Arbeitsplätze sichern – das ist eines der wichtigsten Ziele der Landesregierung.

Auch im Zeitalter der Vollbeschäftigung gibt es Branchen mit rückläufiger Produktion. Die Landesregierung hat Vorsorge getroffen, daß Arbeitskräfte aus diesen

Branchen in anderen Bereichen ein mindestens gleichhohes Einkommen finden können.

Hierzu dient u. a. die „Investitionsreserve“, die bereits im Haushaltsjahr 1967 zur Sicherung von Arbeitsplätzen in Schleswig-Holstein einen Betrag bis zur Höhe von 30 Millionen DM vorsieht.

Die Landesregierung strebt im Rahmen des wirtschaftlichen Fortschritts weiterhin an: die Arbeitsplätze sollen jeweils in der Nähe der Wohnung gelegen sein. Das dient der Gesundheit, hält die Familie zusammen, erhöht die Verkehrssicherheit und ist darüber hinaus wirtschaftlicher.

Die Landwirtschaft ist ein wichtiger Teil unserer Gesamtwirtschaft. Zusammen mit der Ernährungsindustrie stellt sie ein Drittel des gesamten Bruttoinlandproduktes Schleswig-Holsteins. Wegen der immer schwieriger werdenden Welternährungsprobleme wird auch die deutsche Landwirtschaft schon in den nächsten Jahren erheblich an Bedeutung gewinnen. Mit Hilfe des Bundes und des Landes hat die schleswig-holsteinische Landwirtschaft, nach Struktur, Produktion und Produktivität gemessen, einen in der Bundesrepublik führenden Stand erreicht, wenn auch dieser Erfolg mit erheblicher Verschuldung erkauft werden mußte. Hier ist mit Zinsverbilligungen und verstärkt mit Mitteln der Markt- und Preispolitik zu helfen. Die Landwirtschaft bedarf weiterer Förderung, damit sie trotz der Verkehrsferne auch im größeren Wirtschaftsraum der EWG voll wettbewerbsfähig bleibt und ihre Aufgabe im Rahmen der Gesamtwirtschaft auch in Zukunft erfüllen kann. Die CDU strebt verantwortungsbewußt mit dem Lemke-Plan dieses Ziel an.

Absatzförderung, Ausbildung, Beratung, Flurbereinigung, Aussiedlung und Aufstockung sollen auch künftig strukturelle Verbesserungen bringen. Wir sehen, daß Betriebe größer werden. Dieser natürliche Vorgang soll ohne Härten vor sich gehen und sich harmonisch in das Konzept einer fortschrittlichen Wirtschaftspolitik einfügen.

Die Agrarpolitik des Landes schafft die

4. | Landwirtschaft



Voraussetzungen dafür, daß in der Landwirtschaft zufriedenstellende Betriebsergebnisse erwirtschaftet werden und die hier tätigen Menschen auch in Zukunft ein angemessenes Arbeitseinkommen erzielen können.

Die notwendigen wasserwirtschaftlichen Maßnahmen, wie Abdämmung der Eider, Pinnau und Krückau und der Meldorfer Bucht, werden weiter gefördert. Das gleiche gilt für die Einrichtung und Modernisierung von Fischereibetrieben und Vermarktung, für Zinszuschüsse für die Kutter-, Küsten-, Logger- und Binnenfischerei.

5. Sozialprogramm

Sozialpolitik ist Gesellschaftspolitik. Bund und Länder haben den Weg für eine erfolgreiche Sozialpolitik gewiesen. Ziel einer fortschrittlichen Sozialpolitik ist eine umfassende wirtschaftliche und soziale Sicherung, dazu gehört neben der Sicherung der Arbeitsplätze und damit auch des Lebensunterhalts eine intensive Eigen-tumsbildung in Arbeitnehmerhand, die vornehmlich Eigenheime und Eigensiedlung fördert.

Die Landesregierung hat durch zweck-entsprechende Maßnahmen diese Bestre-bungen wirksam unterstützt und wird dies auch in Zukunft tun.

Im Bundesrat vertritt das Land Schleswig-Holstein — auch als Patenland für Po-mern und Mecklenburg — die berechtigten Belange der Heimatvertriebenen, Flücht-linge und Kriegsopter.

Durch Förderung des Baues und der Mo-dernisierung von Altenwohnheimen und Pflegeheimen trägt die Landesregierung den Bedürfnissen zahlreicher alter Men-schen Rechnung; sie wird ferner verstärkt für andere betreuungsbedürftige Per-sonenkreise, wie z. B. für geistig und kör-perlich behinderte Kinder, sorgen.



6. Gesundheit

Auch auf dem wichtigen Sektor der öffent-lichen Gesundheitspflege wird die Landes-regierung unter Sicherung des bereits Erreichten verstärkt den neuen Erkennt-nissen der wissenschaftlichen Forschung Föhrnung tragen.

Das Programm fördert den weiteren Aus-bau von Vorsorgeuntersuchungen, ins-besondere dabei die Fortsetzung von Maßnahmen zur weiteren Senkung der Mütter- und Säuglingssterblichkeit. Diese Bemühungen werden durch den Ausbau von Kinderkliniken und Kinderabteilungen mit Frühgeburtenzentren wirksam unter-stützt. Einrichtungen zur Familienerholung werden weiterhin aufgebaut und gefördert. Der Gesundheitsvorsorge dienen die Schaffung weiterer Naturparkanlagen und der Ausbau unserer Forste zur Erholung. Unfallrettungsdienst und Ausbildung in Erster Hilfe sind weitere Schwerpunkte.

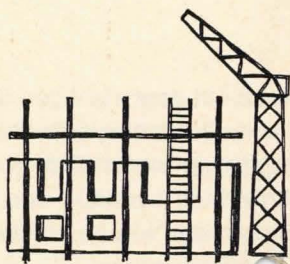
Die Förderung von Schwesternvorschulen und Krankenpflegeschulen hilft in Ver-einigung mit der Einrichtung eines Landes-Schwesternseminars, die Betreuung un-serer Bevölkerung durch Krankenschwe-tern sicherzustellen.

Die Sanierung und Modernisierung des Krankenhauswesens wird fortgesetzt. Frei-gemeinnützige und kommunale Kranken-häuser werden weiter gefördert.

Für die psychiatrische Versorgung unserer Bevölkerung werden die Landeskranken-häuser modernisiert und gemeinschafts-nahe Einrichtungen aufgebaut.



7. | Wohnungsbau



In Schleswig-Holstein konnte der Wohnungsfehlbedarf schneller abgebaut werden als in anderen Bundesländern. Noch nie gab es trotz der gewachsenen Bevölkerung so viele und so gut ausgestattete Wohnungen in Schleswig-Holstein wie heute. Vor dem Krieg kamen auf 1000 Einwohner 274 Wohnungen, Ende 1965 waren es bereits 325; es kann kein Zweifel bestehen, daß sich dieses Verhältnis zwischenzeitlich noch weiter verbessert hat. Bemerkenswert ist, daß die Regierung Dr. Lemke trotz erheblicher Finanzierungsschwierigkeiten auch das Wohnungsbauprogramm 1965/66 im Gegensatz zu anderen Bundesländern voll erfüllt hat.

In den letzten drei Jahren wurden z. B. 735 Millionen DM für Wohnungsneubau, für Instandsetzung und Modernisierung von Altbauten, für Wohngeld sowie für Wohnungsbauprämien eingesetzt.

Die Wohnungsbauprogramme der Landesregierung haben dazu geführt, daß Ende 1966 in Schleswig-Holstein 820 000 Wohnungen zur Verfügung standen; davon waren rund 405 000 in den letzten 15 Jahren gebaut worden. Hinzu kommen 1967 noch weitere 25 000 Wohnungen.

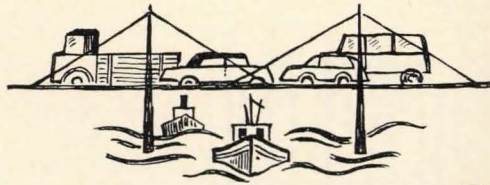
Vergleichen Sie die Zahl der Haushalte und die Zahl der Wohnungen: Ende 1966 gab es in Schleswig-Holstein rund 630 000 Mehrpersonen- und rund 200 000 Einpersonenhaushalte.

Zukünftig sind vorwiegend dort Wohnungen zu fördern, wo auch die Arbeitsplätze krisensicherer Wirtschaftszweige liegen werden. Unter Berücksichtigung dieses Grundsatzes wird die Landesregierung auch in den nächsten vier Jahren 20 000 Wohnungen innerhalb des sozialen Wohnungsbaues fördern, besonders für Arbeitskräfte in der gewerblichen Wirtschaft, für junge Ehepaare und kinderreiche Familien.

Wesentlicher Bestandteil der Wohnungsbaupolitik der Regierung Dr. Lemke ist auch künftig die Eigentumsbildung sein, eine wichtige Maßnahme für die wirtschaftliche Sicherheit der Bürger Schleswig-Holsteins; von den Ein- und Zweifamilienhäusern sind bereits fast vier Fünftel Eigentum von Arbeitnehmern.

Ein weiterer Erfolg ist, daß in unserem Flüchtlingsland Schleswig-Holstein die Barackenräumung mit Ende der laufenden Legislaturperiode abgeschlossen sein wird.





8. | Verkehr

Eine zielbewußte und zukunftsorientierte fortschrittliche Verkehrspolitik ist Voraussetzung für erfolgreiche Wirtschaftspolitik.

Die **Straßenplanung** der Landesregierung rückt Schleswig-Holstein näher an die europäischen Wirtschaftszentren heran und schafft der Wirtschaft unseres Landes neue Absatzgebiete. Gleichzeitig wird das Land so mit Verkehrswegen ausgestattet, daß alle Gemeinden gleiche Chancen zur Weiterentwicklung erhalten.

Die Bundesautobahn Hamburg — Kiel — Flensburg wird 1970 in wesentlichen Teilstücken fertiggestellt sein. Auch die beiden anderen großen Fernverbindungen, die Europastraße 4 (Vogelfluglinie) und die Bundesstraße 5, deren vierspuriger Ausbau bis Itzehoe vorgesehen ist, werden zügig gebaut.

Die Landesregierung stellt bis 1970 rund 90 Millionen DM für den Neubau sowie Um- und Ausbau der Landesstraßen bereit. Die kommunalen Baulastträger erhalten ab 1967 erhöhte Zuschüsse, um das

örtliche Verkehrsnetz zu verbessern. Das gleiche gilt für die Ortsdurchfahrten in den kreisfreien Städten.

Wasserstraßen: Für den Ausbau der Wasserstraßen sind insgesamt 380 Millionen DM an Bundesmitteln vorgesehen.

Hauptprojekte:

Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals und der Ausbau des Elbe-Lübeck-Kanals für das sogenannte Europaschiff (bis 1350 t).

Häfen: Der Bau des neuen Elbehafens bei Brunsbüttelkoog, den künftig auch Überseeschiffe anlaufen können, wird planmäßig fortgeführt. 1967 ist er fertig.

Die laufenden Baumaßnahmen in den kommunalen Häfen Kiel und Lübeck werden unterstützt.

Darüber hinaus sind Förderungsmaßnahmen für die landeseigenen Häfen vorgesehen.

Der geplante Großflughafen Kaltenkirchen, der nach seiner Fertigstellung Schleswig-Holstein an den internationalen Flugverkehr anschließt, bringt große Vorteile. Die Elektrifizierung der Bundesbahn im Hamburger Randgebiet soll bis Elmshorn und Aumühle beschleunigt vorangetrieben werden.

Die Landesregierung ist sich der Bedeutung des Sports für die Entwicklung der Jugend und damit für die Zukunft unseres Landes bewußt.

In den Jahren 1962 bis 1966 hat Schleswig-Holstein 153 Turnhallen und Gymnastikräume, eine Vielzahl von Sport- und Übungsplätzen sowie Schwimmstätten gebaut.

Im Rahmen des nahezu erfüllten „Goldenen Plans“ wird die Landesregierung den beispielhaften Bau von Sportanlagen fortsetzen. Neben dem Bau von 45 Turnhallen sind für die nächsten vier Jahre vorgesehen:

Bau der Ruderakademie Ratzeburg, Sporthalle Scheersberg, zwei Schwimmhallen, acht Schwimmbäder, 30 Lehrschwimmbecken sowie Sport- und Übungsplätze.

Die Landesregierung unterstützt weiter den Bau von Jugendherbergen, Stätten der Jugenderholung und den Ausbau der Landesjugendheime in Selent und Schleswig.

In enger Zusammenarbeit mit dem Landessportverband wird auch die Ausbildung von Vereins-, Turn- und Sportlehrern gefördert, um das Training in den Vereinen zu unterstützen.

9. | Jugend und Sport



10. Nationale Politik für ein freiheitliches Gesamtdeutschland in einem geeinten Europa

Die CDU Schleswig-Holsteins gibt den deutschen Interessen den Vorrang. Die von der Christlich-Demokratischen Union getragene Landesregierung vertritt seit eh und je eine vom Nationalbewußtsein getragene fortschrittliche Politik, die sich mit dem zielstrebigem Willen zur Einigung Europas verbindet.

Die Landesregierung setzt sich daher künftig für eine enge Zusammenarbeit mit den Mächten der freien Welt ein, die die Freiheit der Bundesrepublik sichern und ein vereintes Deutschland anstreben. Unsere Bundeswehr – ein wichtiger Beitrag zur NATO – soll sich in Schleswig-Holstein heimisch fühlen; sie besitzt unser volles Vertrauen.

Die Regierung unseres Landes wird sich verstärkt für Wege zu einer europäischen Partnerschaft einsetzen, die für die wirtschaftliche und politische Zukunft Europas unerlässlich ist.

Forderung der CDU Schleswig-Holsteins ist eine deutsche Ostpolitik, die auf der natürlichen Lage Deutschlands in Mitteleuropa aufbaut. Die Partnerschaft mit osteuropäischen Völkern und Ländern ist unter Wahrung der deutschen Interessen anzustreben.

Auch Begegnungen während der Kieler Woche sowie Gespräche des Ministerpräsidenten Dr. Lemke mit sowjetrussischen Politikern dienen seit Jahren diesen Bemühungen.

11. Schleswig-Holstein: Brücke zum Norden

Die geographische Lage Schleswig-Holsteins und seine Tradition bedingen, daß wir die Brücke zu Skandinavien sind. Deutlich wird das am gewandelten Verhältnis zu Dänemark.

Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein empfindet als Regierungschef des einzigen Bundeslandes, in dem eine in sich geschlossene politisch und kulturell wirksame Minderheit lebt, besondere Verpflichtungen für die Pflege der Beziehungen zum Nachbarstaat Dänemark. Dort wiederum lebt eine geschlossene und kulturell wirksame deutsche Volksgruppe, der sich die Landesregierung verbunden und verpflichtet weiß.

Die Landesregierung gewährt der dänischen Minderheit Unterstützung ohne politische Bindung auf der Grundlage gleicher Behandlung diesseits und jenseits der Grenzen. Ziel ist die vertrauensvolle Partnerschaft zweier Völker im Grenzland – ein Modellfall für Europa.

*

Das deutsch-dänische Verhältnis wird ausgebaut. Insbesondere die wirtschaftlichen Verbindungen – fast 50 dänische Betriebe haben sich bereits im Norden des Landes angesiedelt – sollen enger geknüpft werden. Auch die Beziehungen zu den anderen nordischen Ländern sind zu vertiefen.



12. | **Ausblick auf die Zukunft unseres Heimatlandes**

Die von der CDU geführte Landesregierung hat in der Vergangenheit rechtzeitig und vorausschauend gehandelt:

Gesetze und Verordnungen vereinfacht, Personal eingespart und sich dabei fort-schrittlich aller Möglichkeiten der Auto-mation bedient, den größtmöglichen Effekt trotz angespannter Finanzlage erzielt; den Gemeinden hohe Finanzzuweisungen gegeben, durch das EWG-Anpassungs-programm, die Landesplanung und den Investitionsplan allen Unternehmen einen Weg in die künftig notwendige Entwick-lung gezeigt, vor allem aber dafür gesorgt, daß die Finanzen des Landes – obgleich knapp – geordnet und mit Hilfe des Bun-des im Sinne eines fortschrittlichen Wirt-schaftsprogramms und einer gesicherten Zukunft verwendet werden konnten.

Die Wirtschaft Schleswig-Holsteins ist gesund!

Ministerpräsident Dr. Lemke hat also die Probleme von morgen erkannt – sein Plan beweist es. Er wird weiterhin ziel-strebzig seine Politik darauf ausrichten, daß Arbeitsplätze für die Erzeugung von auf dem Markt gefragten Produkten in ausreichendem Maße vorhanden sein wer-den, so daß gesicherter Wohlstand und Eigentum auch in Zukunft für jeden Bürger zu erlangen sind.

Die Maßnahmen der Landesregierung stellen sicher, daß Schleswig-Holstein auch im großen Gemeinsamen Markt Europas wirtschaftlich gesund sein wird und am allgemeinen Aufstieg den an-gemessenen Anteil erhält.

Im Schleswig-Holstein von morgen wird allen Bürgern durch die vorausschauende Politik der Landesregierung eine gesunde, wirt-schaftlich stabile und jedem echten Fortschritt aufgeschlossene Heimat erhalten, in der sich jeder „zu Hause“ fühlen und frei ent-falten kann.

Herausgeber:

CDU Schleswig-Holstein, Kiel

Druck: Christian Wolff, Flensburg